



Bundesnetzwerk The African Network of Germany – TANG, [www.tang-ev.de](http://www.tang-ev.de)  
Mülhauserstraße 10a, 79110 Freiburg

Dr. Sylvie Nantcha  
Bundesvorsitzende von TANG –  
The African Network of Germany  
e.V.  
Mülhauserstr. 10  
79110 Freiburg  
[www.tang-ev.de](http://www.tang-ev.de)

Email: [info@tang-ev.de](mailto:info@tang-ev.de)  
Tel: 076159020981  
Fax: 0761 590 248 40

An

Herrn Günter Nooke,  
Afrikabeauftragter der Bundesregierung

Herrn Georg Schmidt,  
Regionalbeauftragter für Subsahara-Afrika und Sahel des Auswärtigen Amtes

Frau Annette Widmann-Mauz,  
Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

01. Oktober 2018

## **Zur Menschenrechtsverletzung in Kamerun**

Sehr geehrter Damen und Herren,

am Freitag, den 20. Juli 2018 fand in Freiburg ein Treffen zwischen Vertretern vom BMDZ (Basler Mission – Deutscher Zweig) und TANG e.V. (The African Network of Germany) statt, um die derzeitige Krisensituation im anglophonen Teil Kameruns (NorthWest und SouthWest Region) zu besprechen und mögliche Vorgehensweisen auszuarbeiten. Das folgende Schreiben entstand im Zuge dieses Treffens und soll dazu dienen, Sie über die momentane Lage in Kamerun zu informieren. Gleichzeitig appellieren wir an Sie, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an die Kamerunische Regierung sowie an alle weiteren beteiligten Parteien zu wenden und Position zu beziehen.

Die momentane Lage in Kamerun ist äußerst besorgniserregend und muss inzwischen leider als bürgerkriegsähnlich beschrieben werden. Im englischsprachigen Teil Kameruns sind blutige Auseinandersetzungen an der Tagesordnung und viele Todesfälle zu verzeichnen. Dies ist uns

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

nicht nur von den Einheimischen vor Ort, mit denen wir im ständigen Austausch stehen, und von der Diaspora in Deutschland bekannt, auch Amnesty International beschreibt in ihrem Bericht 'A Turn for the Worse: Violence and Human Rights Violations in Anglophone Cameroon' (Anlage 1) die katastrophale Lage. In der Watch List 2018 (Anlage 2) der International Crisis Group werden vielfältige Sicherheitsbedrohungen für Kamerun beschrieben, unter anderem die Situation im anglophonen Teil. Auch die UNHCR berichtet in einem 'Emergency Update' (Anlage 3) über die kameruner Situation und weist auf die damit einhergehende, schwierige Flüchtlingssituation in Nigeria hin.

Seit Oktober 2016 sind in der NorthWest und SouthWest Region in Kamerun bereits 112 Menschen der Krise zum Opfer gefallen, darunter 90 Zivilisten und 22 Soldaten und Gendarmes. Zudem kam eine unbekannte Zahl an Separatistenkämpfern um, viele weitere Menschen wurden verletzt. Tausende Menschen wurden bereits verhaftet – ca. 400 davon sind immer noch in Haft. Mehr als 30.000 anglophone Kameruner sind ins benachbarte Nigeria geflüchtet, Tausende wurden aus ihren Häusern vertrieben.

Die sogenannte 'Anglophone Crisis' begann bereits Ende 2016, als gewaltfreie Protestmärsche und Demonstrationen vonseiten anglophoner JuristInnen und LehrerInnen von der 'Cameroonian security force' blutig niedergeschlagen wurden. Hintergrund der Auseinandersetzung war der Versuch der AktivistInnen, Englisch sowohl als Amts- und Unterrichtssprache und als auch als Sprache im common law system weiterhin beizubehalten. Aus dieser Bewegung – die geschichtlich betrachtet kein Phänomen darstellt – entwickelten sich nach dem harten Durchgreifen vonseiten des kameruner Militärs sehr schnell mehrere 'self-defence'-Gruppierungen, die eine Separation des anglophonen Teil Kameruns anstreben. Neben verschiedener kleinerer Gruppen (the Tigers, Ambaland forces, Vipers, etc.) sind insbesondere die Bewegungen 'the Ambazonia Defence Forces' (ADF) und die 'Southern Cameroons Defence Forces' aktiv. Neben Hardlinern des Militärs, die die Kämpfe auf der anderen Seite austragen, trägt aber auch die Regierung selber eine Mitschuld. Die kameruner Security forces verletzen regelmäßig Menschenrechte, beispielsweise durch die Inhaftnahme sämtlicher friedlicher Aktivisten seit Anfang 2017. Oftmals ist es aber schwierig festzustellen, welche Gruppierungen welche Straftaten begehen und in welchem Maße die kameruner Regierung und die kameruner security force beteiligt ist.

Unabhängig von wem die Gewalt ausgeht, leidet die zivile, anglophone Bevölkerung in Kamerun stark unter den gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Separatisten und der Regierung. Der Alltag ist vielerorts nur sehr schwer zu bewältigen. In unzähligen Dörfern wurden die Menschen zur Flucht gezwungen. Gezielt werden Sendemasten zerstört, um das Mobil- und Internetnetz zu stören. Anfang 2017 wurde das Internet im anglophonen Teil Kameruns gekappt, um insbesondere den Austausch der Bewegungen und Gruppierungen mit der kameruner Diaspora zu verhindern. Die Schulen im anglophonen Kamerun blieben regionsabhängig teilweise über ein ganzes Jahr geschlossen. Auch viele Krankenhäuser vor allem in den ländlichen Regionen wurden oder sind entweder von der Bevölkerung

abgeschnitten oder mussten geschlossen werden. Viele Geschäfte können nicht öffnen, wodurch die Lebensgrundlagen vieler Menschen verloren gehen. Soldaten patrouillieren auf den Straßen, immer wieder werden je nach Region Ausgangsverbote verhängt und gerade junge Männer stehen ständig in der Gefahr, grundlos inhaftiert zu werden. Wahlos wird auf Menschen geschossen, die ihre Häuser verlassen. Auch Todesfälle treten dabei auf. Immer wieder müssen wir auch Mitteilungen über den Tod von Pastoren entgegennehmen, die mit uns in den Projekten vor Ort in Kamerun zusammenarbeiteten (Anlage 4). Regelmäßig werden Lebensmittelvorräte und das Besitztum der Bevölkerung zerstört; zum Beispiel Motorräder, die in Kamerun als wichtiges öffentliches Transportmittel genutzt werden. Aufgrund all dieser Begebenheiten breiten sich Krankheiten immer schneller aus, Teile der anglophonen Bevölkerung leidet bereits jetzt unter Hunger.

Auch zahlreiche, durch die Basler Mission finanzierte Projekte im anglophonen Kamerun müssen aufgrund der Unruhen ausgesetzt werden oder wurden (teilweise) zerstört. Betroffen ist auch das Regenwald-Krankenhaus in Manyemen (SouthWest Region), welches von der Basler Mission unterstützt wird. Dieses musste im Mai 2018 für eine längere Zeit geschlossen werden, nachdem es am 23. Mai 2018 von der kameruner Armee angegriffen wurde. Martin Witmer, der für die Basler Mission vor Ort in Manyemen tätig war und in regelmäßigem Austausch mit der betroffenen Bevölkerung steht, berichtete, dass die Armee auf dem Krankenhausgelände eine Razzia durchführte, um versteckte Rebellen ausfindig zu machen. Die Armee schoss um sich, zerstörte den Wassertank und zwang die Belegschaft als auch die Dorfbewohner zur Flucht. Dies zeigt sehr deutlich, dass auch die Arbeit von Deutschen Projekten im Zuge der Entwicklungszusammenarbeit in Kamerun in großem Maße vom bestehenden Konflikt betroffen ist. Einrichtungen, die von deutschen Steuergeldern ermöglicht und getragen werden, werden momentan teilweise politisch und reell mutwillig zerstört.

Auch die Zusammenarbeit mit der deutschen Botschaft in Kamerun gestaltet sich schon über Jahre hinweg als äußerst schwierig und behindert konkret die Partnerschaftsarbeit zwischen deutschen und kameruner Organisationen. Visaanfragen nach Deutschland werden regelmäßig aus nicht ersichtlichen Gründen abgelehnt, auch in Zusammenhang mit offiziellen Seminar-, Besuchs- und Projektarbeitsterminen mit der BMDZ. Freiwilligendienste im Nord-Süd-Austausch von Kamerun aus nach Deutschland wurden inzwischen gänzlich eingestellt, da nur im seltensten Fall Visaanfragen bewilligt wurden. Selbst Einladungen von kameruner Staatsbürgern durch Bundesminister wurden abgelehnt. Diese Art und Weise mit Visaanfragen umzugehen, diskriminiert die kamerunischen Partner und Verbände, und verhindert, dass diese an Partnerschaftsprojekten mit deutschen Institution teilnehmen können. Eine Kooperation ist auf dieser Grundlage nicht tragbar. Besonders aber in der aktuellen, akuten Krisensituation ist eine Unterstützung der Partner vor Ort nur schwer zu realisieren, da es auch deutschen MitarbeiterInnen in der Entwicklungsarbeit aufgrund von Warnungen durch das Auswärtige Amt momentan leider nur schwer, bzw. gar nicht möglich ist, offiziell nach Kamerun zu reisen.

Die International Crisis Group schätzt die Lage in Kamerun sehr kritisch ein und sieht ein Dialogtreffen zwischen der kamerunischen Regierung und allen beteiligten Separatistenbewegungen als dringend erforderlich, um die Krisensituation zu entschärfen. Auch wir sehen eine solche Zusammenkunft der Parteien als zwingend notwendig. Die beschriebenen Menschenrechtsverletzungen bedeuten eine schwere Verletzung der Genfer Konvention (Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer nicht internationaler bewaffneter Konflikte; Anlage 4) und lassen ein Nichteingreifen faktisch nicht zu. Mit diesem Schreiben fordern wir Sie dazu auf, als MitarbeiterInnen des deutschen Bundestages und damit als VertreterInnen unserer Regierung, die Lage in Kamerun ernst zu nehmen, als dringend einzustufen und eine aktive, diplomatische Rolle vor Ort einzunehmen. Daher bitten wir Sie, unter Berufung auf die Menschenrechte

- die beteiligten Parteien, die kameruner Regierung und alle Separatistenbewegungen, zum Dialog aufzurufen,
- gegebenenfalls sichere Räume beispielsweise in Deutschland oder in Frankreich zu schaffen und bereit zu stellen (safe space), falls eine Zusammenkunft in Kamerun nicht umsetzbar sein sollte,
- die zerstörten Projekte von deutschen Institutionen im Zuge der Entwicklungszusammenarbeit in Kamerun, mit besonderem Fokus auf Manyemen, konkret zu thematisiert, sodass deutsche Steuergelder auch in Zukunft sinnvoll investiert werden können und
- die beschämende Situation an der Deutschen Botschaft hinsichtlich Visaanfragen zu klären.

Sollten Sie sich weiterhin für das Nichteinschreiten entscheiden, weisen wir Sie darauf hin, dass sich die aus der Lage in Kamerun entstehende Fluchtsituation auch auf Deutschland auswirken kann. Ganz besonders aber in Hinsicht auf die aktuell in der deutschen Asylpolitik geforderte Fluchtursachenbekämpfung vor Ort sollte es von besonderer Wichtigkeit sein, in der ‚Anglophone Crisis‘ Kameruns die Rolle eines Mediators einzunehmen.

Für weitere Informationen und Rückfragen sowie für eine enge Zusammenarbeit in der Umsetzung unserer Forderungen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Sylvie Nantcha, Bundesvorsitzende von TANG  
Johannes Stahl, Pfarrer, Partnerschaftskoordinator Basler Mission Deutschland  
Eberhard Deusch, Gemeindepfarrer, Landeskirchlicher Beauftragter für Mission und Ökumene in Südbaden